

Kurzfassung der Ergebnisse der Berliner Registerstellen für 2022



Im Jahr 2022 erfassten alle Berliner Registerstellen zusammen 4.156 Vorfälle (2021: 4.841). Das ist ein Rückgang von ca. 700 Vorfällen und 14 Prozent weniger gegenüber dem Vorjahr. Im Durchschnitt wurden pro Tag ca. 11 Vorfälle dokumentiert. Abgenommen haben Vorfälle, die im Zuge der Corona-Pandemie angestiegen waren. Die beiden Ausnahmen, in denen Anstiege verzeichnet wurden, waren die Veranstaltungen und LGBTIQ*-feindliche Vorfälle.

Auslaufen der Pandemie-Maßnahmen– Ausbruch des Krieges in Ukraine

Anfang März des Jahres 2022 endeten viele der Maßnahmen, die zur Eindämmung der Corona-Pandemie erlassen worden waren. Einschränkungen im öffentlichen Leben, das Tragen von Masken und die Impfpflicht in einigen Berufsfeldern waren bis zu diesem Zeitpunkt noch Anlass für Verschwörungsglauben und Protest. Bundesweit waren bis zum Frühjahr 2022 antisemitische Vorfälle angestiegen. Auch NS-Vergleiche waren an der Tagesordnung. Dass die Maßnahmen jemals auslaufen würden, hatte das protestierende Milieu nicht erwartet. Als Ende Februar 2022 der Krieg gegen die Ukraine startete, wurde in den verschwörungsideologischen Kanälen das neue Thema aufgegriffen. Der Protest gegen die Corona-Maßnahmen verebbte und mit ihm die „Spaziergänge“ und ein Teil der antisemitischen und NS-verharmlosenden Propaganda. Judensterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“ und zahlreiche antisemitische Kommentare im Internet hatten das Vorjahr geprägt. Diese nahmen nun ab. Dass die Propagandavorfälle um fast 500 Fällen sanken, hat noch einen anderen Grund. Gegen einen Online-Versand aus Halle (politaufkleber.de), der Sympathisant*innen und Mitglieder der rechten Szene in den vergangenen Jahren massenhaft und niedrigschwellig mit Aufklebern versorgte, wurden strafrechtliche Schritte eingeleitet. Der Versand existiert nicht mehr, der Nachschub fehlte und konnte bisher nicht aus anderen Quellen gedeckt werden. Vor allem in Lichtenberg und in der Region um den Boxhagener Platz in Friedrichshain wird dieser Zusammenhang deutlich.

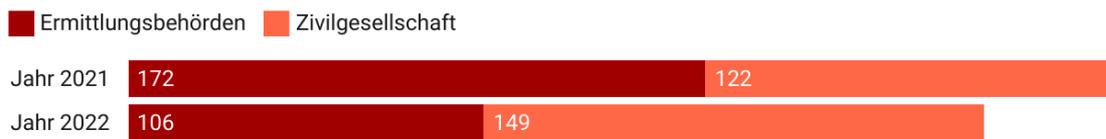
Das Thema Krieg in der Ukraine konnte nicht das Mobilisierungspotential entwickeln, dass die Anti-Corona-Maßnahmen bis zum Frühjahr 2022 entfaltet hatten. Die Zahl der Demonstrationen stieg zwar (2022: 341; 2021: 294), aber nicht die Zahl der Teilnehmer*innen. Bei einem erheblichen Anteil der Demonstrationen handelte es sich um wöchentlich stattfindende Kundgebungen des Reichsbürgerspektrums im Berliner Bezirk Mitte, die zwischen 10 und 25 Teilnehmer*innen verzeichneten. Personen, die 2020 und 2021 die Sorge geteilt hatten, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wären nur

ein Vorwand, um demokratische Grundrechte dauerhaft einzuschränken, protestierten 2022 kaum noch. Es kamen jedoch neue Personengruppen zu den Verschwörungsgläubigen hinzu: Menschen aus der Friedensbewegung und aus linken Strömungen, die traditionell anti-imperialistisch, anti-kapitalistisch und anti-amerikanisch eingestellt sind. NS-Vergleiche blieben an der Tagesordnung und stiegen bei den Veranstaltungen an.

Angriffe sinken - Informationen der Ermittlungsbehörden fehlen

Die Zahl der Gewalttaten ist um 39 Vorfälle gesunken (2022: 255; 2021: 294). Während sich die Zahl der Meldungen über Gewalttaten aus zivilgesellschaftlichen Quellen erhöhte, sanken die Angriffe, die über Pressemeldungen der Polizei veröffentlicht wurden. Trotz des Rückgangs änderten sich die Verteilung der Motive der Angriffe und die Verteilung über Bezirke kaum. Die meisten Gewalttaten waren rassistisch motiviert, an zweiter Stelle kamen die Gewalttaten gegen LGBTQ*-Personen, an dritter die gegen politische Gegner*innen und an vierter Stelle antisemitische Angriffe.

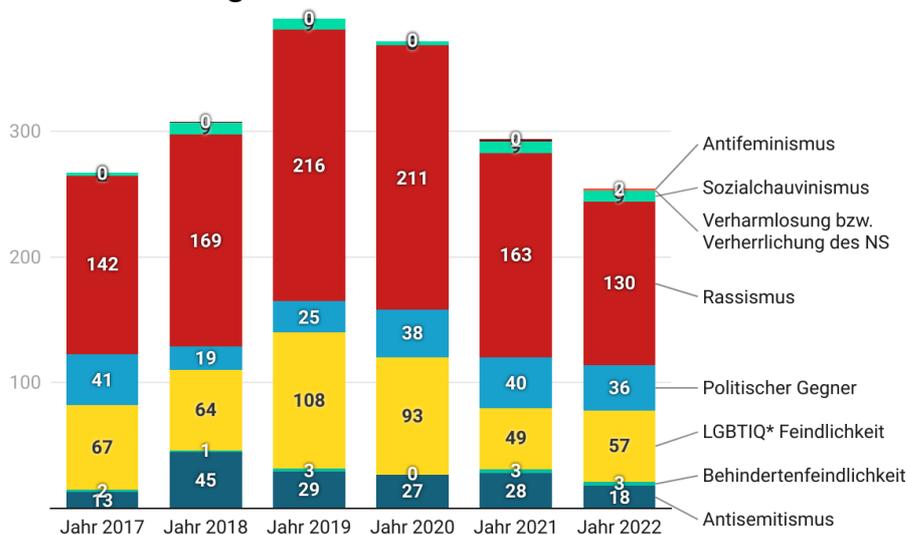
Quellen der Gewalttaten 2021 und 2022



Erstellt mit Datawrapper

Innerstädtische Regionen, in denen sich viele Menschen aufhalten oder durchreisen, wiesen mehr Angriffe auf als weniger dicht besiedelte Ortsteile am Rand der Stadt. Mitte lag mit 63 Angriffen weiterhin an erster, Friedrichshain-Kreuzberg mit 36 Gewalttaten an zweiter Stelle. Es folgten Pankow mit 28 und Neukölln mit 21 Angriffen.

Motive der Angriffe 2017 bis 2022

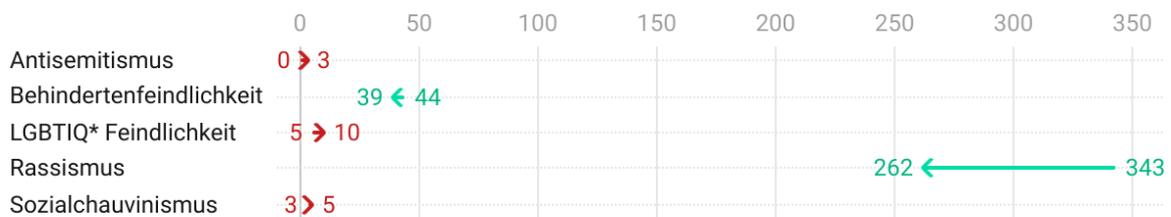


Erstellt mit Datawrapper

Strukturelle Benachteiligungen sinken – weniger Meldungen aus Beratungsstellen

Die Zuversicht der vergangenen zwei Jahre, dass das Dunkelfeld mit dem Bekanntheitsgrad von Dokumentationsstellen kleiner wird, wurde für das Jahr 2022 gedämpft. Die Zahl der erfassten strukturellen Benachteiligungen nahm von 389 im Jahr 2021 auf 316 Vorfälle im Jahr 2022 ab. Diese Meldungen stammten in den vorhergehenden Jahren überwiegend aus Antidiskriminierungsberatungsstellen und spezifischen Dokumentationsstellen, die Antiziganismus, anti-Schwarzen und anti-muslimischen Rassismus erfassen. Der Rückgang von ca. 80 Fällen verteilt sich nicht gleichmäßig auf die Themenfelder, sondern konzentriert sich allein auf den Bereich Rassismus. Im Abgleich mit den Dokumentationsstellen gab es kein Defizit im Vergleich zum Vorjahr, aber einige Beratungsstellen, die 2021 Vorfälle übermittelt hatten, taten dies 2022 nicht.

Inhaltlichen Zuordnung der strukturellen Benachteiligungen



Erstellt mit Datawrapper

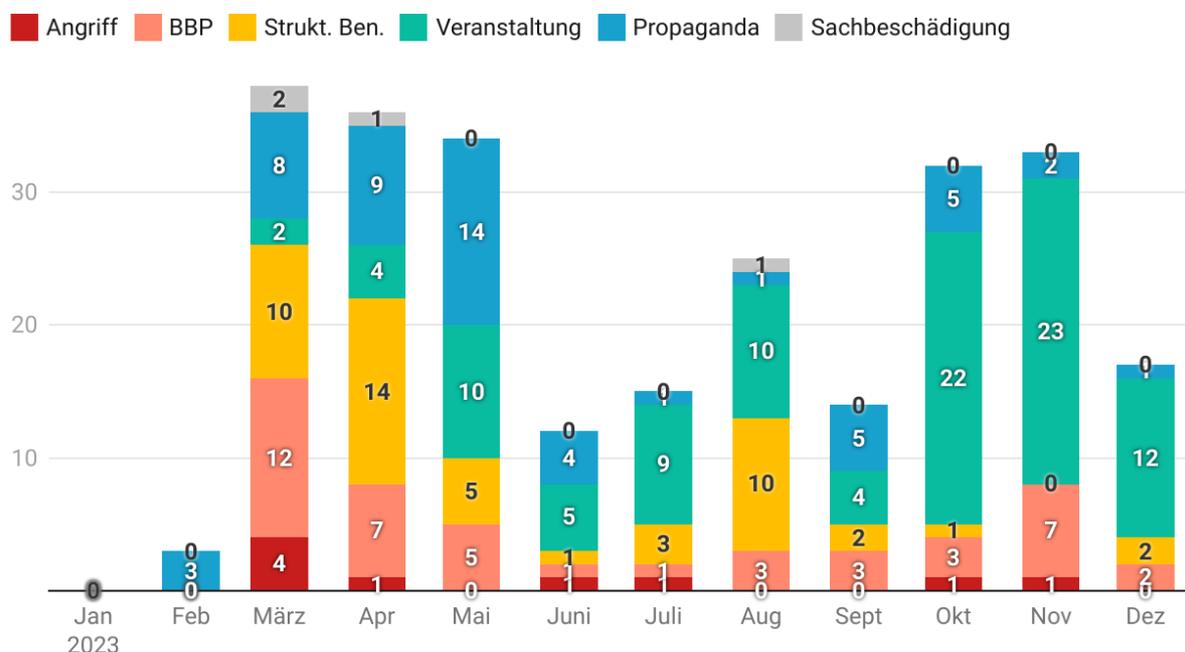
Eine der Ursachen ist die Belastung der Beratungsstellen durch den Zuzug von Geflüchteten aus der Ukraine nach Berlin. Sie und andere Sozialarbeitende waren im Alltag am Limit, weil sie existenzielle Probleme der Zugezogenen bearbeiteten. Die Palette der Themen betrafen Unterkunft und Wohnraum, Schulbesuch, Arbeitssuche und Aufenthaltsbescheinigungen. Die Beratungsstellen, die auch ohne den Zuzug Geflüchteter häufig unterbesetzt sind, hatten kaum Ressourcen, um der Dokumentation der Registerstellen zuzuarbeiten. Für das Jahr 2022 muss von einem großen Dunkelfeld an struktureller Benachteiligung, die einen rassistischen Hintergrund hatte, ausgegangen werden. Denn ehrenamtliche Helfer*innen und Sozialarbeiter*innen, die am Hauptbahnhof oder am Landesamt für Flüchtlinge (LAF) eingesetzt waren oder sich engagierten, berichteten den Kolleg*innen der Registerstellen von diversen Diskriminierungen, die Schwarze Geflüchtete und Rom*nja aus der Ukraine betrafen. Diese wurden nicht als Vorfälle gemeldet,

sondern während der Gespräche beschrieben. Auch Fälle von Racial-Profiling wurden weniger gemeldet.

Vorfälle mit Ukraine-Bezug

Für das Jahr 2022 wurden 259 Vorfälle dokumentiert, in denen der Krieg in der Ukraine im Vordergrund stand. Schwerpunkt dieser Vorfälle waren Veranstaltungen, die den Nationalsozialismus verharmlosten sowie Fälle von Diskriminierung, die Schwarze Menschen und Rom*nja betrafen, die aus der Ukraine geflüchtet waren und Propagandavorfälle in denen Akteur*innen der extremen Rechten auf den Krieg Bezug nahmen, entweder pro Ukraine oder pro Russland.

Verteilung der Vorfälle mit Ukraine-Bezug im Jahr 2022



Erstellt mit Datawrapper

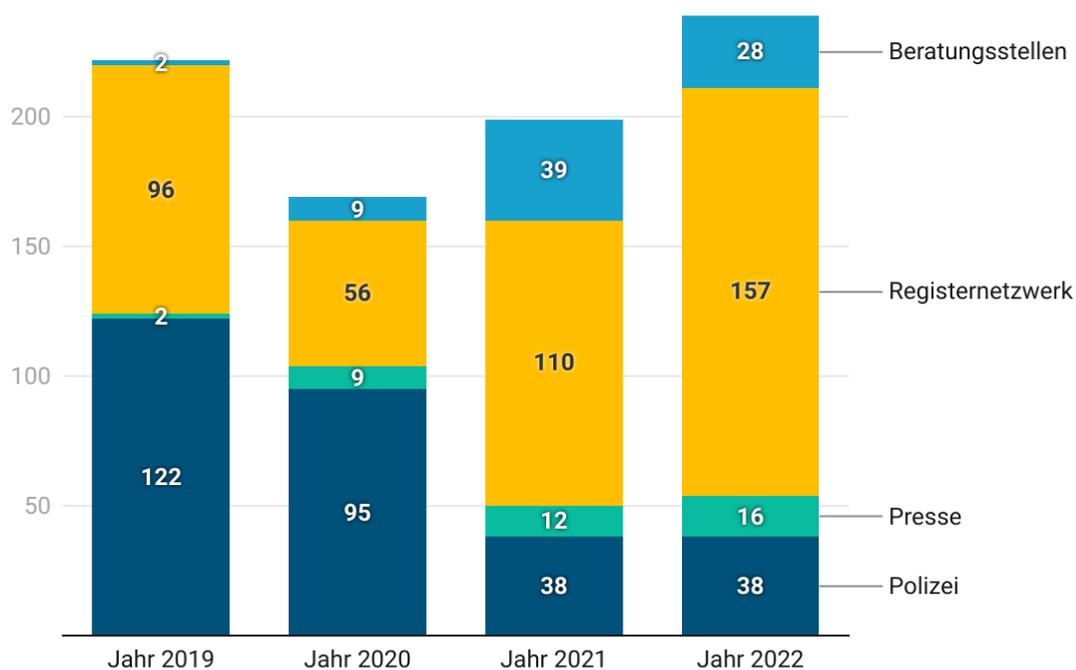
Die zeitliche Verteilung zeigt, dass die strukturellen Benachteiligungen mit der Ankunft der Geflüchteten im März und April und später im August ihre Höhepunkte erreichten. Die dokumentierten Veranstaltungen setzten sich aus unterschiedlichen Spektren zusammen und waren ausnahmslos pro-russisch. Verschwörungsideologen und sogenannte Reichsbürger*innen vermischten sich mit Aktivist*innen der Friedensbewegung und einigen Linken, deren Fundament eine antisemitische Kapitalismuskritik bildet. Die extreme Rechte hatte keine einheitliche Position zum Krieg gegen die Ukraine. „Der III. Weg“ positionierte sich für die Ukraine, das Compact-Magazin blieb seiner Sympathie zu Russland treu. Der Krieg in der Ukraine mobilisierte im Jahr 2022 weniger Menschen zu verschwörungsideologischen Demonstrationen als die Corona-Maßnahmen in den Jahren

2020 und 2021 es vermochten. Im Frühjahr 2022 konnte man den Eindruck gewinnen, das Thema der Querdenker*innen würde durch den Krieg ersetzt werden. Der Eindruck erhärtete sich nicht. Stattdessen sind diejenigen Protestierenden geblieben, die vor der Pandemie rassistische Veranstaltungen organisiert hatten, diejenigen bei denen sich der Verschwörungsglaube verfestigt hat und Menschen aus der Friedensbewegung und der Linken, die sich nicht von Reichsbürger*innen und weiteren Akteur*innen der extremen Rechten distanzieren.

Anstieg transfeindlicher Vorfälle – Vom Netz auf die Straße

Bis 2020 prägten Gewalttaten gegen schwule Männer, die bei der Polizei angezeigt worden waren, die Kategorie LGBTIQ*-Feindlichkeit. In den vergangenen beiden Jahren 2021 und 2022 verstärkten die Registerstellen ihre Netzwerkarbeit mit Beratungsstellen, die zum Thema LGBTIQ*-Feindlichkeit arbeiten, und ihre Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der unterschiedlichen Zielgruppen der LGBTIQ*-Community in Berlin.

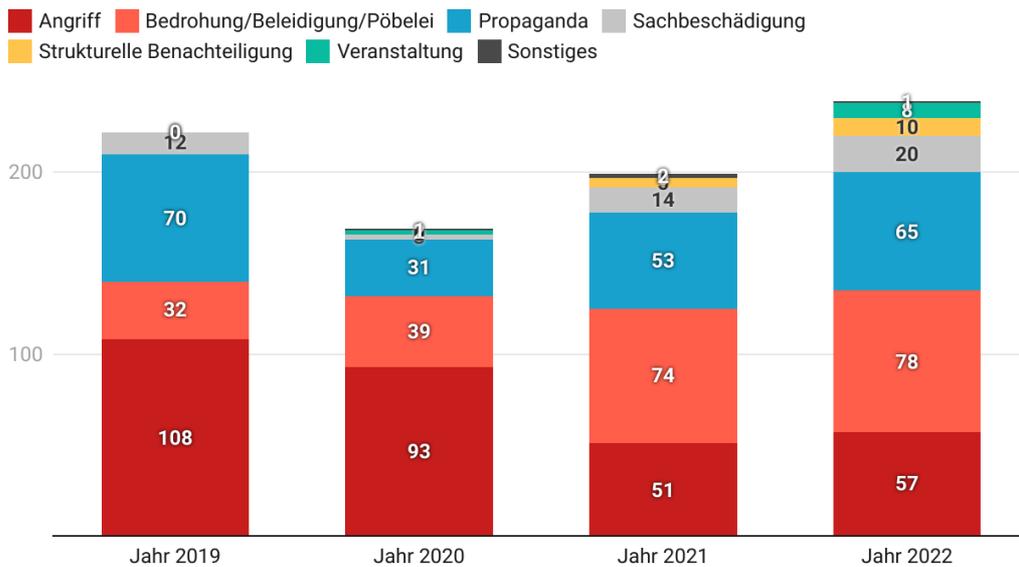
Quellen der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle



Erstellt mit Datawrapper

Dies führte dazu, dass trotz des Rückgangs von Meldungen der Polizei, die Zahl der Vorfälle stieg. Im Jahr 2022 waren es 239 (2021: 199; 2020: 169; 2019; 222). Einzelpersonen, die ihre Beobachtungen oder Erlebnisse direkt an die Registerstellen meldeten und Fälle der Beratungsstelle L-Support, machen den Anstieg aus.

Arten von LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen

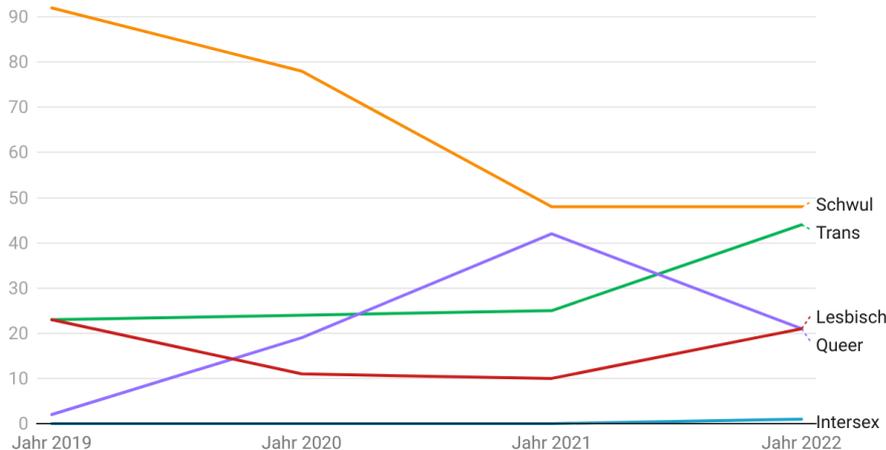


Erstellt mit Datawrapper

Im Jahr 2019 gab es weder Pandemie, noch behinderte der Datenschutz die Übermittlung von Daten der Polizei. Dementsprechend hoch war die Zahl der Vorfälle. Das Jahr 2020 war von der Pandemie und den Lockdowns geprägt. Bars und Clubs waren geschlossen, der Christopher Street Day wurde nicht als Parade gefeiert. Angriffe auf LGBTIQ*-Personen wurden nicht mehr in den Partykiesen, sondern in Wohngebieten der Stadt verübt. Durch den Rückzug ins Private gab es weniger Vorfälle auf der Straße. 2021 ist mit der Wiederaufnahme des öffentlichen Lebens ein Anstieg LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle zu beobachten, trotz des Fehlens der Daten der Polizei aber für die letzten drei Quartale. Beleidigungen und Bedrohungen stiegen durch die Meldungen von L-Support und von Einzelpersonen.

Auch die extreme Rechte, wie „Der III. Weg“ nutzte Queerfeindlichkeit in ihrer Propaganda. Hinzu kam, dass ähnlich dem Themenfeld Rassismus, die Pandemie dazu geführt hat, dass sich Betroffene in sozialen Netzwerken organisierten und dadurch an Öffentlichkeit und Sichtbarkeit gewannen sowie an Solidarität, wenn sie angegriffen wurden. Es gibt deutlich weniger sichtbare trans als beispielsweise schwule Menschen. Es gibt weniger Treffpunkte, weniger Beratungsangebote und kaum Clubs oder Partys, die sich ausschließlich an trans oder inter Menschen richten. Deshalb ist der Anstieg, der im Jahr 2022 zu beobachten war, so erstaunlich. Mittlerweile sind die Angriffe und die Beleidigungen und Bedrohungen gegen sie auf dem gleichen Niveau wie die gegen schwule Männer, und das bei deutlich weniger potenziell Betroffenen.

Betroffene LGBTIQ*-feindlicher Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen



Erstellt mit Datawrapper

Tödliche Attentate gegen queere Menschen gab es im Juni 2022 in Oslo, im Oktober in Bratislava und im November in Colorado Springs (USA). Auch der tödliche Angriff auf Malte C. im August 2022 bei der Parade des Christopher Street Day in Münster und die offene Hetze ultrakonservativer Politiker*innen in den USA und Großbritannien, versetzen die trans-Community in Angst und Sorge.

Die Abschaffung des Transsexuellengesetzes, das seit 1981 gilt und der Ersatz durch das geplante Selbstbestimmungsgesetz für trans- und intergeschlechtliche Menschen heizt auch in Deutschland die Gemüter an. Wertkonservative Akteur*innen verbreiten Falschinformationen, um die Vorstellung das Geschlecht sei unveränderbar, weiterhin zu zementieren. Von der gesellschaftlichen Akzeptanz für homo- und bisexuelle Menschen, profitieren trans und intergeschlechtliche Menschen aktuell noch nicht. Sie organisieren sich zunehmend, sind dadurch sichtbarer geworden, aber auch angreifbarer.

Weil diese Gruppe von Menschen sehr klein ist, braucht sie die öffentliche Unterstützung aller, die den Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit in der diversen Gesellschaft falsch finden.

Die Berliner Register erfassen seit 6 Jahren in allen Bezirken Vorfälle. Seitdem hat sich viel verändert. Die Kategorien, in die die Vorfälle eingeordnet werden, helfen dabei, zu verstehen wie die Menschen in der Großstadt auf Wandel reagieren und wie sie selbst dazu beitragen. Die Vorfälle bilden Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten in unserer Gesellschaft ab, aber sie zeigen auch, dass sich der Kampf dagegen lohnt. Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich langsam, die Dokumentation der Berliner Registerstellen begleitet und beschreibt ihn.

Die Koordinierung der Berliner Register ist ein Projekt in Trägerschaft der pad gGmbH.



Die Berliner Register erhalten Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung.

